



Presseschau vom 08.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Die Linke verliert prominentes Mitglied: Christa Luft verlässt die Partei**

Der linke Scherbenhaufen nach der Bundestagswahl wurde bis heute nicht entsorgt. Die Ursachen für das Dahinsiechen der Linkspartei werden von den Parteifunktionären nicht aufgearbeitet. Nun hat wieder ein prominentes Mitglied die Linke verlassen: Mit Christa Luft verlieren die Genossen weiteren dringend benötigten Sachverstand. ...

<https://kurz.rt.com/2rz4>

Gert-Ewen Ungar: **Der oppositionelle weißrussische Telegram-Kanal NEXTA Live und die Unruhen in Kasachstan**

Anfang Januar wachte der von der EU mit dem Menschenrechtspreis ausgezeichnete Telegram-Kanal NEXTA Live aus seinem Dornröschenschlaf auf. Seitdem lenkt er die Proteste in Kasachstan. Der Kanal ist Sinnbild für die Verlogenheit und Doppelmoral der EU.

...

<https://kurz.rt.com/2rzh>

de.rt.com: **Live-Ticker zur Krise in Kasachstan: Kämpfe dauern an / Tote und Verletzte / Waffenfunde**

Die Proteste in Kasachstan weiteten sich innerhalb nur weniger Tage zu blutigen Kämpfen aus. Der Präsident Kasachstans spricht von einem terroristischen Angriff. Das Militärbündnis

OKVS hilft dem ins Chaos gestürzten Land mit einer Friedensmission. Alle aktuellen Informationen zur Entwicklung in Kasachstan im Live-Ticker von RT DE ...

<https://kurz.rt.com/2rva>

*Álvaro García Linera: **Die zweite progressive Welle Lateinamerikas***

Die Welt befindet sich in einem strukturellen politisch-ökonomischen Wandel. Der alte, durch die Globalisierung gekennzeichnete Konsens der freien Märkte, der Sparmaßnahmen und der Privatisierungen, der die Weltgesellschaft 30 Jahre lang geblendet hat, sieht heute müde aus und lässt den Optimismus für die Zukunft vermissen. ...

<https://kurz.rt.com/2s00>

de.rt.com: **Litauen überweist nach vier Jahren endlich Schmerzensgeld an Häftling aus CIA-Foltergefängnis**

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) musste Litauen eine Entschädigung an einen Häftling zahlen, der in einer von der CIA betriebenen "Black Site" in Litauen inhaftiert war. Dem schon im Jahr 2018 ergangenen Urteil leistete Vilnius nun Folge. ...

<https://kurz.rt.com/2s0h>

snanews.de: **„Großer Schock“ – Bewohner Kasachstans zur Lage im Land**

Bewohner der Provinzstädte Kostanaj und Pawlodar in Kasachstan haben sich gegenüber SNA über die gewaltvollen Proteste im Land geäußert. ...

<https://snanews.de/20220108/bewohner-kasachstans-zur-lage-im-land-4933915.html>

*Dagmar Henn: **"Moderne Linke": Katja Kipping nennt parteiinterne Gegner "Russia Today"***

Sie war die NATO-freundlichste Abgeordnete der Linken, jetzt ist sie Berliner Sozialsenatorin. Kein Wunder, wenn der Spiegel sie in höchsten Tönen lobt. Einst bejubelte das Blatt auch Joschka Fischer, der seine Partei ähnlich zurichtete. ...

<https://kurz.rt.com/2s10>

abends/nachts:

de.rt.com: **Chinas Außenminister bestreitet angebliche "Schuldenfalle" für afrikanische Staaten**

Der chinesische Außenminister Wang Yi verwarf die These einer angeblichen Falle für afrikanische Staaten durch chinesische Darlehen und erklärte, dass dieses Narrativ durch Kräfte gefördert werde, die die Entwicklung Afrikas verhindern wollen.

Chinas Außenminister Wang Yi hat am Donnerstag den Vorwurf einiger westlicher Analysten und Politiker zurückgewiesen, die Volksrepublik China verfolge gegenüber afrikanischen Staaten die Politik einer "Schuldenfalle", wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Dieser Vorwurf sei grundlos und zielen nur darauf ab, die Kooperation zwischen China und Afrika zu sabotieren. Wang äußerte sich zu dem Thema auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am Donnerstag mit seiner kenianischen Amtskollegin Raychelle Omamo in Kenia.

Die Kooperation zwischen China und Afrika sei ein Beispiel der Süd-Süd-Kooperation und beinhalte die gegenseitige Unterstützung und Hilfe von Entwicklungsländern, so Wang. China habe nie politische Bedingungen an seine Kooperation geknüpft und niemals seinen Willen gegenüber anderen durchgesetzt.

Alle chinesisch-kenianischen Projekte beruhten auf wissenschaftlicher Planung und brächten

dem Volke Kenias Vorteile. Die Projekte trügen zur Entwicklung und Erneuerung des Landes bei.

Wang verwies darauf, dass Kenia 80 Prozent seiner Auslandsschulden bei multinationalen Finanzinstitutionen hat. Die Bedingungen der meisten chinesischen Darlehen seien besser als die marktüblichen.

Das Narrativ der chinesischen "Schuldenfalle" sei von Kräften geschaffen worden, die eine schnelle Entwicklung in Afrika verhindern wollen, so der chinesische Spitzendiplomat. Die einzige Falle in Afrika sei jene der Armut und der Rückständigkeit, die die afrikanischen Staaten so schnell wie möglich überwinden müssten. Peking sei bereit, mit allen freundlich gesinnten Staaten zusammenzuarbeiten, um den afrikanischen Staaten zu helfen, in der Periode der Erholung von der COVID-19-Pandemie die Armut und Rückständigkeit zu überwinden.

In Bezug auf regionale Fragen erklärte Wang, dass China die Gründung einer "Initiative der friedlichen Entwicklung im Horn von Afrika" plane, um den Staaten in der Region zu helfen, Probleme der Sicherheit, der Entwicklung und der Staatsführung anzugehen. Die Region sei in der letzten Zeit durch mehrere Krisen und Konflikte geprägt worden, die den Interessen der Bevölkerung in der Region nicht entsprechen würden und deshalb gestoppt werden müssten, so Wang. Um das zu erreichen, müsse man unter anderem den Dialog fördern.

Die Staaten und Völker der Region müssten sich laut Wang aus dem geopolitischen Wettbewerb zwischen Großmächten heraushalten und fest dem Pfad der Einheit und Selbstverbesserung folgen. Die Völker und Staaten müssten ihr Schicksal selbst durch Konsultationen auf Augenhöhe bestimmen.

Peking schlage eine Friedenskonferenz vor, um detaillierte Gespräche zu führen, einen politischen Konsens zu erreichen und gemeinsame Aktionen diesbezüglich zu koordinieren. Auch sei es nötig, die Infrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. China unterstütze die Staaten dabei, Entwicklungswege zu finden, die ihren nationalen Bedingungen entsprechen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d8371e48fbef33853b0c46.jpeg>

de.rt.com: **Linken-Abgeordnete Dağdelen fordert Ende der NATO-Erweiterung**

In einer Pressemitteilung verlangt die Linken-Politikerin Sevim Dağdelen von der Bundesregierung eine Position, die auf Entspannung und Verständigung mit Russland setzt. Sie fordert zudem "neue und verbindliche Garantien", dass die NATO-Erweiterung beendet wird.

Die Partei Die Linke hat am Freitag auf ihrer Webseite eine Pressemitteilung mit dem Titel "NATO-Erweiterung stoppen" veröffentlicht. Verfasst wurde der Text von der Linken-Abgeordneten Sevim Dağdelen. Diese ist seit 2017 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke sowie Sprecherin für Abrüstungspolitik. Außerdem ist Dağdelen Obfrau der

Fraktion Die Linke im Auswärtigen Ausschuss. Der Inhalt der Pressemitteilung bezieht sich auf die heutige Online-Sondersitzung der NATO-Außenminister und den russisch-amerikanischen Gipfel, der am 10. Januar in Genf in der Schweiz starten soll. In der Einleitung heißt es:

"Für eine dauerhafte europäische Sicherheitsarchitektur bedarf es neuer verbindlicher Garantien. USA und NATO müssen die auf dem NATO-Gipfel von 2008 getroffene Entscheidung, die NATO nicht um Georgien und die Ukraine zu erweitern, verstetigen und vertraglich verbindlich fixieren. Die NATO-Raketenstationierung in Rumänien und Polen von US-Präsident Bush, die sich nicht gegen den Iran, sondern gegen Russland richtet, ist abzubauen."

Im weiteren Text legt Dağdelen dar, wie sie die Arbeit und jüngste Äußerungen der neuen Bundesregierung und Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) aktuell bewertet:

"Die Bundesregierung muss endlich zu einer gemeinsamen Position gegenüber Russland finden, die auf Entspannung und Verständigung setzt. Wer wie Außenministerin Annalena Baerbock ständig damit droht, Nord Stream 2 zu kippen, entzieht einer wirklichen Entspannungspolitik gegenüber Russland die materielle Grundlage."

Der Pressemitteilung zufolge ist die Bundesregierung "gefordert", die amerikanisch-russischen Gespräche zu unterstützen und "ihrerseits wie 2008 eine NATO-Erweiterung auszuschließen und zugleich gegenüber der ukrainischen Regierung zu verdeutlichen, dass jede militärische Lösung des Donbass-Konflikts ausgeschlossen werden muss, wie auch, dass alle militärischen Drohungen im Hinblick auf die Krim zu unterbleiben haben". Dağdelen betont zudem, dass "die fortdauernde Diskriminierung russischsprachiger Bürger in der Ukraine und die Schließung oppositioneller Fernsehsender" nicht zu einer Lösung von Konflikten beitragen würde. Dies müsse in Brüssel wie auch in Genf "deutlich angesprochen werden". Ihr abschließender Appell an die Bundesregierung lautet:

"Statt ständig neues Öl ins Feuer zu gießen, ist die Bundesregierung aufgerufen, endlich selbst im Rahmen der OSZE und der Umsetzung der Minsker Abkommen auf diplomatische Lösungen des Donbass-Konflikts hinzuarbeiten. Autonomie-Regelungen in Südtirol und den entmilitarisierten Åland-Inseln in Finnland zeigen, dass die Wahrung der Souveränität eines Landes mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in Einklang zu bringen sind."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d8302248fbef279b169aee.jpg>

snanews.de: **Blinken zu Sicherheitsgarantien: Einige Forderungen Russlands „völlig unerfüllbar“**

Der US-Außenminister, Anthony Blinken, hat Russland vorgeworfen, in seinem Entwurf über gegenseitige Sicherheitsgarantien bewusst einige „unerfüllbare Forderungen“ an die USA

gestellt zu haben.

„Ich denke, es ist ein Teil der Strategie, eine Liste mit absolut unmöglichen Forderungen aufzustellen und zu behaupten, die andere Seite wolle nicht zusammenarbeiten, und dies als eine Art Rechtfertigung für sein aggressives Vorgehen zu benutzen“, sagte Blinken am Freitag in Washington.

Eine diplomatische Lösung der Krise, die Russland „selbst herbeigeführt“ habe, sei weiter möglich und wünschenswert, sagte Blinken. Darum gehe es bei den Treffen in der kommenden Woche.

„Und wir glauben, dass es Bereiche gibt, in denen wir Fortschritte erzielen können“, betonte der US-Chefdiplomat.

Dies könne aber keine Einbahnstraße sein, sondern müsse in beide Richtungen gehen. Blinken drohte erneut, wenn Moskau auf Eskalation setze, werde das „massive Konsequenzen“ zur Folge haben, inklusive wirtschaftlicher Maßnahmen.

Die Behauptungen, die Nato wolle in der Ukraine militärische Infrastruktur aufbauen, um sie gegen Russland einzusetzen, sind laut Blinken ebenso falsch wie Behauptungen, die Nato habe Moskau versprochen, nicht nach Osten zu expandieren.

„Die Nato hat nie versprochen, keine neuen Mitglieder aufzunehmen“, sagte Blinken.

Blinken telefonierte am Freitag mit seinem ukrainischen Kollegen Dmitro Kuleba und bekräftigte nach Angaben des US-Außenministeriums erneut die „unerschütterliche Unterstützung“ der USA für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine.

Spannungen zwischen Russland und Westen

Die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland bleiben in Bezug auf die Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte.

Moskau hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne habe und Russland grundlos „dämonisiert“ werde – das Land bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen.

Moskau fordert Sicherheitsgarantien

Am 17. Dezember richtete Moskau an Washington und die Nato den Entwurf eines Vertrags über gegenseitige Sicherheitsgarantien. Demnach soll die Nato auf die Erweiterung gen Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten. Auch würde gemäß dem Vertragsentwurf die der gegenseitigen Bedrohung dienende Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen untersagt.

Washington und Moskau haben vereinbart, Verhandlungen über das russische Sicherheitsangebot am 10. Januar aufzunehmen. Am 12. Januar sollen dann Konsultationsgespräche zwischen Moskau und der Nato stattfinden. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE geplant.



https://cdn1.snane.de/img/07e6/01/07/4928582_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_2f147f6f

[f68de00efa4285bc61c944d8.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/10/2515921_0:685:1000:1248_1920x0_80_0_0_db0a1f24849f387f9e0c7652279229a1.jpg)

snnews.de: **Washington will mit Moskau Einschränkung der Militärpräsenz in Osteuropa besprechen – Medien**

Washington erwägt laut dem Sender NBC News die Möglichkeit, während der Verhandlungen mit Russland nächste Woche die gegenseitige Einschränkung der Militärpräsenz in Osteuropa zu besprechen.

„Die Diskussionen können sich möglicherweise auf das Ausmaß der Militärübungen, die die beiden Mächte durchführen sowie auf die Zahl der in den baltischen Staaten und Polen stationierten US- Truppen [...] beziehen“, berichtete der Sender unter Berufung auf einen US-Beamten.

Auch die Aktivitäten der russischen Truppen und des russischen Raketensystems Iskander in Kaliningrad – auf dem russischen Territorium zwischen Polen und Litauen – könnten laut dem Sender erörtert werden.

NBC News berichtete außerdem, das Weiße Haus habe ein neues Paket „militärischer Hilfe“ für die Ukraine vorbereitet.

„Bidens Regierung hat neben der bereits nach Kiew geflossenen US-Militärhilfe auch ein neues US-Militärhilfepaket für die Ukraine vorbereitet“, so der Sender.

Quellen zufolge hofft Kiew, dass die zusätzlichen Hilfen in Washington genehmigt würden. US-Außenminister Anthony Blinken telefonierte am Freitag mit seinem ukrainischen Amtskollegen Dmitri Kuleba und bekräftigte nach Angaben des US-Außenministeriums erneut die „unerschütterliche Unterstützung“ der USA für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine.

Verhandlungen über Sicherheitsgarantien

Am 17. Dezember richtete Moskau an Washington und die Nato den Entwurf eines Vertrags über gegenseitige Sicherheitsgarantien. Entsprechend dem Vertragstext soll die Nato auf die Erweiterung gen Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten. Auch würde gemäß dem Vertragsentwurf die der gegenseitigen Bedrohung dienende Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen untersagt.

Washington und Moskau haben vereinbart, die Verhandlungen über das russische Sicherheitsangebot am 10. Januar aufzunehmen. Am 12. Januar sollen dann Konsultationsgespräche zwischen Moskau und der Nato stattfinden. Für den 13. Januar sind Beratungen zu Sicherheitsgarantien im Rahmen der OSZE geplant.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/10/2515921_0:685:1000:1248_1920x0_80_0_0_db0a1f24849f387f9e0c7652279229a1.jpg

vormittags:

snanews.de: Proteste in Kasachstan: „Farbrevolution“-Muster erkennbar – Ex-Diplomat

Die gewalttätigen Unruhen und Proteste gegen die Regierung in Kasachstan zeigen laut dem ehemaligen kanadischen Diplomat Patrick Armstrong das klassische Muster einer sogenannten „farbigen Revolution“, die vom Westen aus gesteuert und geplant wird.

„Natürlich gibt es Gründe, die die Menschen zum Protest bewegen“, sagte Armstrong in einem Interview mit SNA am Samstag. Die Organisatoren der „Farbrevolution“ hätten jedoch die Steuerung des Protestes übernommen, so der frühere politische Berater der kanadischen Botschaft in Moskau.

„Was sehen wir in Kasachstan? Das unerwartete Auftauchen bewaffneter Gruppierungen, ein im Ausland ansässiger Anführer, die übliche Reihe westlicher NGOs, die seit einigen Jahren tätig sind, und die Forderungen, sich unter anderem geopolitisch von Russland zu distanzieren.“

Armstrong verwies zudem auf den Zeitpunkt der Unruhen, die kurz vor den russisch-amerikanischen Sicherheitsgesprächen stattfinden. Eine „klassische“ Farbrevolution brauche aber einige Zeit, um in die Phase des Feuermachens und Schießens zu gelangen. Im Fall Kasachstan folgte diese Phase jedoch fast sofort, erklärte der ehemalige Diplomat.

„Ein Versuch von jemandem, die Gespräche zu untergraben?“, fragte Armstrong.

„Aufstand der Hungrigen und Wütenden“

Paolo von Schirach, ein ehemaliger Berater der US-Behörde für internationale Entwicklung (Usaid), zeigte sich im Gespräch mit SNA jedoch davon überzeugt, dass es bei den Ereignissen in Kasachstan nicht um einen Putschversuch oder eine organisierte Rebellion gehe.

„Die Wahrheit ist, dass es sich um einen spontanen Aufstand der Hungrigen und Wütenden handelt. Kasachstan ist ein potenziell reiches Land mit bedeutenden Reserven an Öl, Gas und Mineralien“, sagte von Schirach.

Unruhen in Kasachstan

Wegen steigenden Gaspreisen ist es Anfang Januar zu Massenprotesten in Kasachstan gekommen. Diese gingen anschließend in gewalttätige Krawalle und Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und kasachischen Sicherheitskräften über. Dabei wurden bislang 26 bewaffnete Aufständische getötet, 18 weitere verletzt und über 3000 Teilnehmer der Proteste festgenommen. Mindestens 18 Sicherheitskräfte kamen ums Leben.

Präsident Kassym-Schomart Tokajew entließ am Mittwoch die kasachische Regierung und rief einen landesweiten Ausnahmezustand aus. Er sprach von rund 20.000 lokalen und ausländischen „Banditen und Terroristen“, die sein Land im Verlauf der eskalierten Massenproteste angegriffen hätten.

Im Rahmen des gemeinsamen Sicherheitsbündnisses OVKS schickte Russland am Donnerstag auf Bitten Kasachstans Friedenstruppen zur Unterstützung bei der „Überwindung der terroristischen Bedrohung“. Das Kontingent soll für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden. Die Mission zielt darauf ab, die Lage im Land unter Kontrolle zu bringen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/08/4930281_0:112:3023:1812_1920x0_80_0_0_b472bada10e8eaf30aa6e315d04ee039.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 7. Januar 2022 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Interesse an Stabilität und Sicherheit – Nachbarstaaten setzen auf friedliche Lösungen in Kasachstan**

Die Unruhen in Kasachstan, bei denen es zu Dutzenden Todesopfern kam, haben in mehreren Nachbarstaaten und bei regionalen Akteuren für Besorgnis gesorgt. Iran und die Türkei bekräftigten ihre Unterstützung für das zentralasiatische Land angesichts der Krise.

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Saeed Chatibsadeh, hat am Donnerstag erklärt, dass Iran die aktuelle Lage in Kasachstan genau verfolge. Der iranische Diplomat betonte, dass das zentralasiatische Land die Probleme im eigenen Land friedlich und auf dem Wege des Dialogs lösen könne. Die iranische Regierung lege Wert auf die Stabilität und Sicherheit Kasachstans. Chatibsadeh erklärte:

"Wir glauben, dass die weise Regierung und das Volk des befreundeten, brüderlichen und nachbarschaftlichen Landes ihre Probleme und Streitigkeiten friedlich und im Dialog lösen können, ohne ausländische Einmischung und auf der Grundlage ihrer eigenen nationalen Interessen."

Er warnte Kasachstan auch vor Versuchen ausländischer Akteure, die Unruhen auszunutzen und sich so in die Angelegenheiten des Landes einzumischen.

Der iranische Diplomat äußerte die Hoffnung, dass in Kasachstan so bald wie möglich Ruhe wiederhergestellt werden könne.

Derweil erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bei einem Telefongespräch mit seinem kasachischen Amtskollegen Kassym-Schomart Toqajew am Donnerstag seine "Solidarität" mit Kasachstan, wie die amtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Die Türkei beobachte aufmerksam die Lage im Land. Er drückte sein Beileid für die während der Krawalle Verstorbenen aus.

Der türkische Staatspräsident erhoffe sich, dass möglichst bald eine neue Regierung gebildet wird, um die Spannungen abzubauen. Die alte Regierung war angesichts der Proteste gegen Energiepreiserhöhungen zurückgetreten. Kasachstan sei in der Lage, die Krise zu überwinden, so Erdoğan. Die türkische Regierung sei bereit, Unterstützung jeglicher Art anzubieten. Der türkische Präsident hat derzeit den Vorsitz der Organisation der Turkstaaten inne. In dieser Funktion stehe er im Kontakt mit den Staatsführern der Mitgliedsstaaten, wie die Presseabteilung Erdoğan erklärte.

Sein Pressesprecher erklärte, dass die Türkei die Todesfälle in Kasachstan bedauere. Der

Frieden in und die Stabilität von Kasachstan sei die größte Priorität der Türkei. Ankara werde stets auf der Seite des zentralasiatischen Staates sein.

Am Freitag übermittelte Chinas Präsident Xi Jinping eine "mündliche Nachricht" an Toqajew, wie chinesische Staatsmedien berichteten. Über den Inhalt der Botschaft ist jedoch nichts bekannt.

Ebenfalls am Freitag erklärte der kasachische Präsident Toqajew zwar, dass die "verfassungsgemäße Ordnung" weitgehend wiederhergestellt worden sei, jedoch liegen Berichte über anhaltende Proteste im Land vor.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d824f7b480cc313e50bcfc.jpeg>

snanews.de: „Wenn Amerikaner in Ihrem Haus sind...”: Russland reagiert scharf auf Blinkens Kasachstan-Aussage

Das russische Außenministerium hat die US-Äußerungen über die Rolle der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in Kasachstan als „rüpelhaft“ bezeichnet. Eine entsprechende Mitteilung erschien am Samstag auf Telegram.

Das Außenministerium kritisierte die Äußerungen des US-Außenministers Antony Blinken, der in „seiner typischen rüpelhaften Art über die tragischen Ereignisse in Kasachstan gescherzt hatte“. Eine absolut legitime Reaktion der OVKS auf den Aufruf der Führung Kasachstans, bei der Gewährleistung der Sicherheit Hilfe zu leisten, habe der US-Außenminister mit folgender giftiger Aussage kommentiert: „Eine Lehre aus der Vergangenheit: Wenn Russen in Ihrem Haus sind, fällt es ihnen schwer, es zu verlassen.“

Russlands Außenministerium erwiderte darauf:

„Wenn Antony Blinken den Geschichtsunterricht so mag, dann soll er Folgendes in Betracht ziehen: ‚Wenn Amerikaner in Ihrem Haus sind, kann es schwierig sein, am Leben zu bleiben, nicht ausgeraubt oder nicht vergewaltigt zu werden.‘“

Davon zeuge nicht nur die jüngste Vergangenheit, sondern 300 Jahre amerikanischer Staatlichkeit, so das Außenministerium weiter. Indianer des nordamerikanischen Kontinents, Koreaner, Vietnamesen, Iraker, Panamaer, Jugoslawen, Libyer, Syrer und viele andere Unglückliche, die laut dem Ministerium Pech gehabt hatten, diese „ungebetenen Gäste“ in ihrem Zuhause zu sehen, könnten viel davon erzählen.

Die Massenproteste in Kasachstan hatten Anfang Januar begonnen. Als Auslöser gilt der starke Anstieg von Treibstoffpreisen. Die Proteste, die ursprünglich in den Städten Schangaösen und Aktau in der ölfördernden Region Mangghystau entflammt waren, weiteten sich auf andere Regionen aus. Es kam zu mehreren Zusammenstößen zwischen den Protestierenden und Sicherheitskräften, Todesopfer wurden sowohl unter den Ordnungshütern als auch unter den Demonstrierenden gemeldet.

Teilnehmer der Protestaktionen, die von den Behörden als Kämpfer oder Terroristen bezeichnet werden, versuchten mehrmals, Verwaltungsgebäude und Polizeireviere zu stürmen.

Die versuchten Angriffe wurden jedoch abgewehrt.

Am Mittwoch wurde ein landesweiter Ausnahmezustand verhängt, der bis zum 19. Januar gelten soll. Zudem entließ Präsident Kassym-Schomart Tokajew die Regierung und ernannte sich zum Chef des Nationalen Sicherheitsrates. Tokajew bat das von Russland geführte Militärbündnis OVKS um Hilfe bei der „Überwindung der terroristischen Bedrohung“. Als Reaktion wurde die Entsendung einer kollektiven Friedenstruppe nach Kasachstan beschlossen: Russland, Kirgisistan, Armenien, Belarus und Tadschikistan werden das Land unterstützen.

Die Friedenssoldaten sollen Verwaltungsgebäude sowie diplomatische Vertretungen bewachen und die kasachischen Militärs bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung unterstützen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/08/4930106_0:0:1803:1015_1920x0_80_0_0_bc8e1e6b49ebe79a9d07e7cb07f536a2.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 8. Januar um 9:00 Uhr 21.624 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

301 Personen sind derzeit erkrankt, 18.234 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3089 Todesfälle.

de.rt.com: **Landesverrat? Chef des kasachischen Geheimdienstes unter Verdacht**

Der Inlandsgeheimdienst Kasachstans KNB hat am Samstagmorgen bestätigt, dass sein Leiter und früherer Regierungschef Karim Massimow bereits am 6. Januar verhaftet wurde. Er ist des Hoch- und Landesverrates verdächtig.

Der Pressedienst des Inlandsgeheimdienstes Kasachstans KNB hat heute Morgen bestätigt, dass dessen bisheriger Leiter, Karim Massimow, am 6. Januar festgenommen wurde und sich wegen Verdachts des Hoch- und Landesverrats in Untersuchungshaft befindet.

Der 56-jährige Massimow war von 2007 bis 2012 und 2014 bis 2016 Premierminister Kasachstans und leitete seit dem Jahr 2016 den Inlandsgeheimdienst. Erst nach Ausbruch der Unruhen wurde er – offensichtlich unmittelbar vor seiner Verhaftung – abgesetzt.

Das Strafgesetzbuch Kasachstans sieht für Hochverrat 10 bis 15 Jahre Haft vor. Einzelheiten der gegen Massimow erhobenen Vorwürfe wurden bislang nicht bekannt gegeben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d93a7e48fbef35c536d916.jpg>

snanews.de: „Überbleibsel des Kalten Krieges“ – russischer Botschafter über Nato

Der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, hat die Nato als ein „Überbleibsel des kalten Krieges“ bezeichnet und die Osterweiterung der Allianz als einen Verstoß gegen das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit in Europa kritisiert.

Die von der russischen Botschaft verbreiteten englischsprachigen Kommentare sind im Vorfeld der Sicherheitsverhandlungen erschienen, die Russland in der nächsten Woche mit den USA und ihren Verbündeten führen wird.

„Die Osterweiterung der Nato widerspricht dem gemeinschaftlich abgestimmten Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit in Europa. Das transatlantische Bündnis ist ein Überbleibsel des kalten Krieges an sich“, sagte Antonow.

Zu den Vorschlägen, die Russland für die USA und die Nato vorbereitet hat, gehört der Verzicht auf eine weitere Ausdehnung der Allianz, darunter durch ehemalige Sowjetrepubliken.

Vom Standpunkt der USA aus widerspricht diese Forderung dem Recht der Staaten, selbstständig ihre Außen- und Verteidigungspolitik zu bestimmen. US-Außenminister Antony Blinken hatte kurz davor behauptet, dass niemand nach Ende des Kalten Krieges und zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands Russland versprochen habe, auf eine Nato-Erweiterung zu verzichten und keine neuen Mitglieder in die Allianz aufzunehmen.

Ende 2021 veröffentlichte Russland Entwürfe für einen Vertrag mit den USA und für ein Abkommen mit dem Nordatlantischen Bündnis über Sicherheitsgarantien. Moskau forderte die westlichen Partner auf, rechtliche Garantien dafür sicherzustellen, dass die Nato auf die Stationierung von Militärbasen in den ehemaligen Sowjetrepubliken, auf eine weitere Osterweiterung und insbesondere auf den Beitritt der Ukraine zu dem Bündnis verzichtet.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/02/3058970_0:0:3014:1696_1920x0_80_0_0_4d3f69b_aa0fc52a7f5f2b26fa8346670.jpg

de.rt.com: **Nasarbajew ruft zur Unterstützung für Toqajew auf**

Der ehemalige kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew hat in einer am Sonnabend veröffentlichten Erklärung dazu aufgerufen, seinen Nachfolger Toqajew zu unterstützen und so die gegenwärtige Krise zu überwinden. Am Vortag hat offenbar auch der weißrussische Präsident Lukaschenko mit Nasarbajew telefoniert.

Der ehemalige kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew hat sich erstmals seit Beginn der laufenden Unruhen in seinem Land zu Wort gemeldet.

In einer am Morgen des 8. Januar veröffentlichten Erklärung des Ex-Präsidenten werden alle Einwohner Kasachstans aufgerufen, sich hinter dem amtierenden Präsidenten Kassym-Schomart Toqajew zu vereinen, um die Krise zu überwinden und die Integrität des Landes zu gewährleisten. Nasarbajews Pressesprecher Aidos Ukibay teilte heute mit, dass der Ex-Präsident sich in der Hauptstadt Nur-Sultan aufhält. Auf seinem verifizierten Twitteraccount schrieb der Pressesprecher:

"Elbasy befindet sich in Nur-Sultan, der Hauptstadt von Kasachstan. Bitte verbreiten Sie keine wissentlich falschen oder spekulativen Informationen. Elbasy hält eine Reihe von Konsultationssitzungen ab und steht in direktem Kontakt mit dem Präsidenten von Kasachstan, Kassym-Schomart Toqajew."

"Elbasy" (übersetzt "Führer der Nation") ist eine Ehrenbezeichnung, die Nasarbajew bei seinem Rücktritt 2019 verliehen wurde. Zuvor war über seinen Aufenthaltsort spekuliert worden.

Das weißrussische Präsidialamt veröffentlichte in der Nacht eine Erklärung, wonach Lukaschenko am 7. Januar mit Nasarbajew telefoniert habe. Im Verlauf des Telefonats hätten die Gesprächspartner die Lage in Kasachstan ausführlich erörtert, so die offizielle Pressemitteilung.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d94e9448fbef33853b0d02.jpg>

snanews.de: **Kasachischer Präsident erklärt 10. Januar zum Tag der Staatstrauer**

Kasachstans Präsident Kassym-Jomart Tokajew hat den 10. Januar 2022 zum Tag der Staatstrauer für die Opfer der Unruhen im Land erklärt. Das teilte sein Pressesprecher Berik Uali am Samstag auf Facebook mit.

„Wegen der zahlreichen Todesopfer infolge der tragischen Ereignisse in mehreren Regionen des Landes hat der kasachische Präsident die Entscheidung getroffen, den 10. Januar 2022 zum Tag der Staatstrauer zu erklären“, hieß es.

In dem zentralasiatischen Land kommt es seit Tagen zu gewalttätigen Protesten gegen die

Regierung. Auslöser der schweren Unruhen war Unmut über gestiegene Treibstoffpreise gewesen.

Der Präsident Kasachstans sprach von einem Angriff lokaler sowie ausländischer „Banditen und Terroristen“, der zu Dutzenden von Todesopfern geführt hatte. Über 4400 Teilnehmer der Proteste wurden bereits festgenommen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/08/4931977_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_9452c5a45825f8f92727be0c82f9dfd5.jpg

nachmittags:

snnews.de: **Vor Abstimmung zu Nord Stream 2: Selenski wirbt erneut bei US-Senat für Sanktionen**

Eine Woche vor der Abstimmung im US-amerikanischen Senat hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenski „alle Freunde“ seines Landes im US-Oberhaus erneut zur Unterstützung eines Gesetzes aufgerufen, das die Einführung von Sanktionen gegen die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 vorsieht.

„Die Ukraine bittet alle seine Freunde im US-Senat, die Gesetzgebung zum Schutz der europäischen Energiesicherheit zu unterstützen“, teilte Selenski am Samstag via Twitter mit. Der ukrainische Staatschef bedankte sich bei dem Mehrheitsführer der Demokraten im US-Senat, Chuck Schumer, und dem republikanischen Senator Ted Cruz, welche die Abstimmung ermöglichen hätten.

Mitte Dezember war berichtet worden, dass der amerikanische Senat im Januar erneut über mögliche Sanktionen gegen das Gasprojekt Nord Stream 2 abstimmen wird. Die Abstimmung soll bis zum 14. Januar stattfinden. Zur Verhängung der Sanktionen wird eine Mehrheit von 60 Stimmen benötigt. Im Senat sitzen derzeit 50 Demokraten und 50 Republikaner.

Die Ostsee-Pipeline von Russland nach Deutschland wird seit langem von den USA, aber auch von einigen EU-Ländern scharf kritisiert. Sie befürchten eine zu große Abhängigkeit von Russland bei der Energieversorgung. Moskau hat bereits mehrmals betont, dass Nord Stream 2 ein kommerzielles Projekt darstelle, das sowohl für Russland als auch für die EU Vorteile habe und nicht politisiert werden sollte.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/08/4933128_0:0:1968:1108_1920x0_80_0_0_f653877eafcdb1e5c1947105136379bb.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 08.01.2022**
In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Besatzer aus der 95. Luftsturmbrigade einen Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowokalinowa stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in Gebiet von Sarja zu blockieren.

Trotz der zeitweiligen Ruhe führen die ukrainischen Kämpfer weiter **Aufklärungsmaßnahmen in der Nähe der Kontaktlinie** durch.

Außerdem bemerken wir die Ankunft einer Gruppe von Journalisten des Fernsehsenders ICTV im Verantwortungsbereich der 53. Brigade im Gebiet von Wolnowacha. Im Zusammenhang damit ist eine Verschärfung der Lage in dieser Richtung durch Provokationen zum Zweck inszenierter Videoreportagen möglich.

Weiter gibt es Fälle von **Desertion in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine** in der Zone der Strafoperation, was ein weiteres Mal das äußerst geringe moralisch-psychische Niveau der Soldaten bestätigt.

Bei einer Kontrolle der Dienstführung im vordersten Bereich durch Offiziere des Stabs der 36. Marineinfanteriebrigade wurde auf den Positionen des 1. Bataillons im Gebiet von Pawlopol das regelwidrige Fehlen von zwei Kämpfer festgestellt. Bei Suchmaßnahmen wurden die bewaffneten Kämpfer in betrunkenem Zustand festgenommen, als sie auf einer Autostraße 6 km von ihrem Dienort liefen.

Wir erhalten weiter Informationen über **nicht kampfbedingte Verluste** der bewaffneten Formationen der Ukraine.

So wurden sechs Kämpfer mit der Diagnose Lungenentzündung durch Unterkühlung bei der Bewegung in überfluteten Schützengräben von den Positionen des 13. Bataillons der 95. Luftlandebrigade evakuiert.

snnews.de: **Putin, Lukaschenko und Paschinjan telefonieren über Lage in Kasachstan –**

OVKS-Sitzung einberufen

Der russische Präsident Wladimir Putin hat mit seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko und dem armenischen Premierminister Nikol Paschinjan die Lage in Kasachstan in einem Telefonat besprochen. Darüber informiert der Pressedienst des Kremls am Samstag.

Demnach wurde im Laufe des Telefonats die aktuelle Situation in Kasachstan erörtert, die laut der Mitteilung eine „Tendenz zur Beruhigung und Normalisierung“ aufweise. Die Staatschefs begrüßten zudem den Vorschlag des kasachischen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew, kurzfristig eine Sitzung des kollektiven Sicherheitsrats der OVKS per Videokonferenz abzuhalten.

„Nikol Paschinjan erklärte, dass die armenische Seite als amtierender OVKS-Vorsitzender die Sitzung organisieren werde“, hieß es weiter.

Am Samstag hatte der Pressesprecher des kasachischen Präsidenten via Facebook mitgeteilt, dass Kassym-Jomart Tokajew den 10. Januar 2022 zum Tag der Staatstrauer für die Opfer der Unruhen im Land erklärt habe. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/08/4933718_0:0:3227:1816_1920x0_80_0_0_fa55e4c1b042e28af95e29805bdd35f4.jpg

Wpered.su: Erklärung des Zentralrats der SKP-KPSS „Lassen wir nicht zu, dass der eurasische Raum gesprengt wird!“ (Zu den Ereignissen in Kasachstan)

Wir, die Kommunisten der Donezker Volksrepublik, begreifen die Ursachen der Ereignisse in Kasachstan gut. Die Ursache ist die Zerstörung des großen Landes UdSSR und die kriminellen Versuche, unsere Völker in die Sackgasse des Kapitalismus zu führen. Wie in der Ukraine bringt der Kompradorenkapitalismus, der von einer transnationalen Oligarchie geleitet wird, auch in anderen postsowjetischen Republiken deren Völkern Armut und Elend, plündert die Länder aus und verkauft ihre Ressourcen unseren Gegnern, entzweit und hetzt im Grunde Brudervölker gegeneinander auf und zieht die Welt in lokale und weltweite Kriege. Die Kommunistische Partei der DVR, die aktiv an der Arbeit der internationalen Organisation Union Kommunistischer Parteien – KPdSU beteiligt ist, teilt die Position der Erklärung des Zentralrats der SKP-KPSS vollständig und unterstützt sie.

Erklärung des Zentralrats der SKP-KPSS „Lassen wir nicht zu, dass der eurasische Raum gesprengt wird!“ (Zu den Ereignissen in Kasachstan)

Der Zentralrat der Union Kommunistischer Parteien – KPdSU bringt seine tiefe Besorgnis im Zusammenhang mit den Geschehnissen in der Republik Kasachstan zu Ausdruck. Trotz der bravourösen Erklärungen der offiziellen Behörden über die Stabilität und den Wohlstand Kasachstans haben sich die sozialen Spannungen dort nach dem Zusammenbruch der UdSSR mit jedem Jahr verstärkt. Die Länder, die unter den negativen Einfluss eines oligarchischen Regimes geraten sind, beginnen gegen sowjetische Symbole zu kämpfen, beschränken die

Tätigkeit der Kommunistischen Parteien – in der Folge führt das zu einer irreparablen Entmenschlichung des politischen Kurses.

Es ist nicht überraschend, dass die volksfeindliche sozialökonomische Politik die Menschen buchstäblich auf die Straßen und Plätze der Städte getrieben hat. Indem sie die Preise für Flüssiggas erheblich erhöht hat, hat die Regierung zehntausenden von Bürgern einfach die Existenzmittel entzogen. Aber die gerechte Empörung des entrechteten Volks, die wir, die Kommunisten, vollständig teilen, wurde jedoch von transatlantischen Spezialdiensten geschickt genutzt. Nachdem sie 1991 die Sowjetunion durch die Hände ihrer Söldner vernichtet haben, planen sie nun, den an deren Stelle verbliebenen eurasischen Raum vollständig zu „säubern“.

Nach der Entfesselung blutiger Gemetzel im Irak, Libyen, Syrien und Afghanistan kommt der globale Imperialismus unter Führung der USA immer näher an die Grenzen Russlands und Belarus'. Ein hybrider Krieg gegen sie wird bereits auf den Gebieten der Ukraine, Moldawiens und der transkaukasischen Staaten geführt. Jetzt sind die zentralasiatischen Republiken an der Reihe. Heute ist es besonders wichtig nicht zuzulassen, dass die staatliche Souveränität des größten von ihnen, Kasachstans, untergraben wird! Dort sind schon lange terroristische Zentren aktiv, die großzügig aus dem Ausland finanziert werden. Gerade sie spielen eine Schlüsselrolle bei der Entfachung von Pogromstimmungen, der Destabilisierung des Leitungssystems und der brutalen Gewaltaktionen gegen Mitarbeiter der Ordnungsorgane und Soldaten.

Mit dem Volk von Kasachstan verbinden uns, die Vertreter von 18 kommunistischen Parteien, brüderliche Bande, eine große Geschichte und ein gemeinsames Schicksal. Wir sind bereit ein Maximum an Anstrengungen zu unternehmen, damit wieder Frieden und Ruhe in das kasachische Land kommen. Wir unterstützen die politischen Kräfte der Republik, die die soziale Gerechtigkeit verteidigen, und jetzt entschieden gegen in diesen Januartagen herrschenden Plünderungen und Gesetzlosigkeit kämpfen.

Gleichzeitig sind die tragischen Ereignisse eine klare Lehre für uns alle. Die zerstörerischen Staatsstiche und verschiedensten „bunten Revolutionen“ werden den eurasischen Raum genau so lange erschüttern, bis die sowjetischen Völker ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen, bis sie diejenigen, die tödliche Szenarien von Zwietracht zwischen den Nationen aufführen, eine heftige Abfuhr erteilen, bis sie die Integration im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion auf eine qualitativ neue Ebene bringen. Der bevorstehende 100. Jahrestag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Dezember 2022 ist ein guter Anlass, die alten Traditionen der brüderlichen Solidarität und der gegenseitigen Hilfe wieder aufleben zu lassen!

Sowjetische Völker, vereinigt Euch!

Gemeinsam sind wir stark!

Lassen wir nicht zu, dass der eurasische Raum gesprengt wird!

Moskau, 07. Januar 2022

rusvesna.su: Für die Staatsduma wurde ein Beschlussentwurf zur Anerkennung der LVR und DVR vorbereitet

Die Kommunistische Partei Russlands hat einen Resolutionsentwurf über die Anerkennung der Unabhängigkeit der Republiken des Donbass vorbereitet und beabsichtigt, ihn in Kürze der Staatsduma der Russischen Föderation zur Prüfung vorzulegen. Dies sagte der russische Abgeordnete Kasbek Tajsajew.

„Unsere Partei hat einen Resolutionsentwurf der Staatsduma über die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk vorbereitet, analog zu Südossetien und Abchasien. Ich bin sicher, dass wir dieser Aufgabe in naher Zukunft gerecht werden können“, sagte er. „Es gibt keine Alternative zu den Minsker Vereinbarungen. Aber die Kiewer Behörden tun alles, um diese Aufgabe nicht zu verwirklichen. Sie zögern absichtlich, sie brauchen die

Opfer, sie brauchen diesen Krieg, denn dies ist ein Befehl aus Übersee. Das verstehen alle sehr gut. Das können wir nicht akzeptieren“, erklärte Tajsajew die Initiative.

„Heute sterben unsere Bürger, unser Volk, unsere Landsleute, unsere Verwandten, unsere Bekannten und Freunde. Das können wir nicht akzeptieren und werden dieses Problem definitiv lösen“, versicherte der russische Politiker.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/dnr_lnr_rossiya_flagi.jpg

snanews.de: **Unruhen in Kasachstan: Bewaffnete stürmen Krankenhäuser in Almaty**
Medienberichten zufolge haben bewaffnete Kämpfer zwei Krankenhäuser (Nr.1 und Nr. 7) in der kasachischen Stadt Almaty gestürmt. Der Betrieb wurde gestört und Patienten konnten nicht fachgemäß behandelt werden.

Einen detaillierteren Bericht über die Erstürmung des Krankenhauses Nr. 7 in der bevölkerungsreichsten Stadt des Landes gab ein Mitarbeiter des Spitals im Gespräch mit SNA.

Demnach forderten bewaffnete Kämpfer medizinische Versorgung für ihre Verwundeten. Sie nahmen das dritte Stockwerk des Krankenhauses unter Beschuss, wo sich die Intensivstation befindet. Patienten oder Mitarbeiter wurde dabei nicht verletzt.

Die bewaffnete Gruppe ließ die Verwundeten in der medizinischen Einrichtung zurück. Mitarbeiter des Krankenhauses alarmierten die Strafverfolgungsbehörden, diese nahmen die Verletzten am Folgetag mit.

Derzeit ist die Aufnahmestation im Krankenhaus außer Betrieb, die Arbeit soll laut Mitarbeitern heute Abend wieder aufgenommen werden. Der Bereich rund um das Krankenhaus wird derzeit durch das Militär kontrolliert.

Auslöser der schweren Unruhen in Kasachstan war der Unmut über gestiegene Treibstoffpreise. In dem zentralasiatischen Land kommt es seit Tagen zu gewalttätigen Protesten gegen die Regierung. Der Staatschef der ehemaligen Sowjetrepublik, Kassym-Jomart Tokajew, bat das von Russland geführte Militärbündnis Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) um Unterstützung. Das deutsche Auswärtige Amt kritisierte den Einsatz tödlicher Gewalt gegen Zivilisten und Beschränkungen des Zugangs zu Internet und sozialen Medien in Kasachstan. Der kasachische Präsident sprach von einem Angriff lokaler sowie ausländischer „Banditen und Terroristen“, der hunderte Zivilisten und Sicherheitskräfte gefährdete, zu Todesopfern geführt und Verwaltungsgebäude sowie persönliches Eigentum der Bürger beschädigt habe.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/05/4908168_0:150:3109:1898_1920x0_80_0_0_296634c8e7c3e7b21a1be1ac23b835fb.jpg

snanews.de: **Zweiter Jahrestag der Soleimani-Tötung: Iran erweitert Sanktionsliste – 51 US-Bürger betroffen**

Einige Tage nach dem zweiten Jahrestag der Tötung des iranischen Generals Qassem Soleimani durch einen US-Drohnenangriff hat die Islamische Republik Iran ihre Sanktionen gegen die USA deutlich erweitert. Insgesamt 51 amerikanische Staatsangehörige sind nun auf der Liste gelandet. Darüber informierte die iranische Nachrichtenagentur Mehr am Samstag. Demnach wurde die Liste mit den „amerikanischen Personen, die in den Terroranschlag auf General Qassem Soleimani und seine Begleiter verwickelt waren“, am Samstag von dem iranischen Außenministerium aktualisiert. Neben Ex-Präsident Donald Trump, dessen Sicherheitsberater John Bolton und dem früheren Außenminister Michael Pompeo stehen nun ebenfalls auf der Liste der Vorsitzende des US-Generalstabs, Mark Milley, der Leiter des US-Zentralkommandos, Kenneth F. McKenzie Jr., und der ehemalige nationale Sicherheitsberater Robert C. O'Brien.

„Die genannten Personen haben gegebenenfalls an der Planung, Organisation, Finanzierung und Durchführung der terroristischen Handlung mitgewirkt oder den Terrorismus, der eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, anderweitig gerechtfertigt, indem sie solche ungeheuerlichen terroristischen Anschläge unterstützt haben“, wird die Begründung des Außenministeriums von der Nachrichtenagentur angeführt. Iran hatte wiederholt erklärt, Soleimanis Tod rächen zu wollen und alle für seine Ermordung verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Soleimani wurde bei einem Besuch im Irak getötet, wo er im Rahmen einer geheimen diplomatischen Mission unterwegs war. Sein Auto wurde auf Befehl des früheren US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump von US-Drohnen angegriffen. Trump zufolge soll Soleimani Anschläge gegen amerikanische Objekte in der Region geplant haben.

Die Erweiterung der Sanktionen erfolgt inmitten einer neuen Runde der Wiener Gespräche über die Aufhebung der US-Sanktionen gegen den Iran. Am Freitag hatte der ständige Vertreter Russlands bei internationalen Organisationen in Wien, Michail Uljanow, über einige Fortschritte auf dem Weg zu einer Einigung über die Wiederherstellung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA) berichtet.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/08/4935383_0:35:3072:1763_1920x0_80_0_0_c40fbc_e4e71af9abdc81b40bfd99bc27.jpg

de.rt.com: **Armenisches OVKS-Kontingent landet in Kasachstan**

Am 6. Januar hat die Organisation des Vertrages über die Kollektive Sicherheit (OVKS) auf Bitte des kasachischen Präsidenten die Entsendung eines Truppenkontingentes nach Kasachstan beschlossen. Seit zwei Tagen treffen nun Verbände der Mitgliedsstaaten in Almaty ein.

Am Nachmittag des 8. Januar ist nun auch das armenische Kontingent der Friedensmission der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) in Kasachstan am Einsatzort eingetroffen. Gegen 13.00 Uhr MEZ landete das Transportflugzeug mit 70 armenischen Militärangehörigen auf dem Flughafen in Almaty. Unter ihnen sind auch Frauen. Der OVKS gehören derzeit sechs Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion an: Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Weißrussland. Außerdem haben Afghanistan und Serbien Beobachterstatus. Mit dem Vertrag verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten zur Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet und gegenseitigem Beistand im Fall ausländischer Aggression gegen eines der Mitglieder.

Armenien hat derzeit den Vorsitz in der Organisation inne, weshalb der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan, der selbst infolge eines Straßenaufstandes an die Macht gelangte, derzeit für die OVKS auftritt und entscheidet. Am 5. Januar ersuchte der kasachische Präsident Kassym-Schomart Toqajew die Organisation um die Entsendung von Kräften zur Abwehr der von ihm so bezeichneten Aggression gegen Kasachstan im Zusammenhang mit den seit einer Woche andauernden Unruhen im Land. Am 6. Januar beschloss Paschinjan im Namen der OVKS, diese Hilfe zu gewähren.

Im Rahmen des gemeinsamen Kontingents entsendet Russland 3.000, Weißrussland 300 und Armenien 70 Militärangehörige nach Kasachstan. Eine noch nicht benannte Anzahl an Personal werden auch Kirgisistan und Tadschikistan ins Nachbarland entsenden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/original/61d997a448fbef32b7261b64.jpg>

abends:

snanews.de: **Banditen in Kasachstan bereiteten sich auf Massenproteste vor – GUS-Exekutivkomitee**

Laut Sergej Lebedew, dem Chef des Exekutivkomitees der von Moskau dominierten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), haben sich die Banditen in Kasachstan schon vorher auf die Massenkundgebungen mit Unterstützung aus dem Ausland vorbereitet. „Heute ist schon offensichtlich, dass sich destruktive Elemente, Banditen, im Voraus auf die Massendemonstrationen vorbereiteten, um die Situation im Land zu destabilisieren. Sie erhielten Unterstützung aus dem Ausland“, teilte Lebedew in einer Erklärung von Samstag mit.

„Diese Provokateure, Anführer und Sponsoren der sogenannten 'Farbrevolutionen' und Ausschreitungen im GUS-Raum“ würden angeben, dass sie eine führende Rolle bei den „kriminellen Handlungen“ in den Städten Kasachstans spielen würden.

Das Exekutivkomitee der GUS, in dem Vertreter aller Staaten der Gemeinschaft in einem internationalen Team zusammenarbeiten, verfolge aufmerksam die Entwicklung der Lage in der Bruderrepublik, so Lebedew.

Er betonte, ein gemeinsamer Wunsch und ein gemeinsames Ziel verbinden die Staaten – alles Notwendige zu tun, um die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter zu verbessern und zu stärken“, so die Botschaft.

Das GUS-Exekutivkomitee sei derzeit in Kontakt mit den Vertretern der GUS-Staaten und würde versuchen, Freunde in Kasachstan moralisch und organisatorisch zu unterstützen. „Ich persönlich, alle Kolleginnen und Kollegen unserer Integrationsstrukturen unterstützen voll und ganz die Maßnahmen der Führung Kasachstans und der OVKS-Mitgliedsstaaten zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung in der Republik“, hieß es in der Erklärung. Die Entscheidungen, welche von der kasachischen Führung getroffen worden seien, seien als „zeitgerecht“ und „vernünftig“ anzuerkennen. Zudem gab sich Lebedew zuversichtlich, dass die Ordnung in Kasachstan bald wiederhergestellt wird. „Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass durch die gemeinsamen Bemühungen der Kasachstaner und ihrer Freunde aus den GUS-Staaten Frieden und Ordnung bald wiederhergestellt werden und Kasachstan seinen Weg der progressiven Entwicklung fortsetzen wird, um das wirtschaftliche Potenzial des Landes zu erhöhen und soziale Rechte und Garantien für seine Bürger zu gewährleisten“, so der Chef des GUS-Exekutivkomitees.

...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/08/4936303_0:0:3042:1711_1920x0_80_0_0_20ea0cb9fe09039fb1e55f9ec1d40816.jpg